

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Für eine gerechte Bodenpolitik in Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag zeigt sich besorgt über die Entwicklung der Agrarstrukturen in Mecklenburg-Vorpommern. In den letzten Jahren gab es ein verstärktes Interesse von außerlandwirtschaftlichen Investoren an Bodenkäufen und am Kauf von Unternehmen und Unternehmensanteilen. Mecklenburg-Vorpommern ist davon besonders betroffen. Neben der Verkaufspolitik der bundeseigenen BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH führte dies zu einem starken Anstieg der Kauf- und Pachtpreise für Agrarflächen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle Möglichkeiten in Bund und Land zu ergreifen, den Bodenmarkt transparent zu gestalten und den Verkauf von Betrieben, Betriebsanteilen, oder Agrarflächen an außerlandwirtschaftliche Investoren zu verhindern oder mit einem Genehmigungsvorbehalt durch die Landesregierung zu versehen.

Simone Oldenburg und Fraktion

Begründung:

Eine nachhaltige und gerechte Agrarpolitik erfordert gerechte Bodenbesitzverhältnisse. Nach Aussagen des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt ist insbesondere Mecklenburg-Vorpommern davon betroffen, dass außerlandwirtschaftliche Investoren unter Umgehung des Grundstückserwerbsgesetzes Agrarflächen übernehmen und so ortsansässige Agrarbetriebe kaum noch zum Zuge kommen können. Der landwirtschaftliche Boden ist zum Spekulationsobjekt geworden und die Kauf- und Pachtpreise für Agrarflächen sind stark gestiegen.